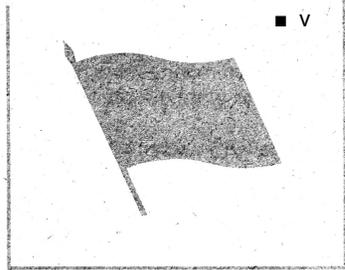


KP Japans verteidigt die Interessen der Werktätigen



Die KP Japans konnte nach vielen Jahren des illegalen Kampfes erst im Ergebnis der Niederlage des japanischen Militarismus im 2. Weltkrieg ihre Legalität erringen. Seitdem entwickelte sie sich zu einer großen Massenpartei. Mit mehr als 450 000 Mitgliedern ist sie heute die zahlenmäßig stärkste Linkspartei im Lande. Trotz der verschärften Angriffe des japanischen Monopolkapitals und der erstarkten Rechtskräfte auf alle progressiven Bewegungen konnte sie ihren Einfluß unter den Werktätigen behaupten. Als einziger Oppositionspartei gelang es ihr, in den Doppelwahlen zum japanischen Parlament am 6. Juli 1986 mit über 5,4 Millionen Wählerstimmen ihre Position zu festigen. Dies ist ein Ergebnis des unermüdlichen und konsequenten Kampfes der japanischen Kommunisten für die Verteidigung der Lebensinteressen und die Verbesserung der sozialen Lage der Werktätigen, gegen die Remilitarisierung des Landes, für Frieden und Abrüstung.

Die japanischen Kommunisten spielen in der Friedens- und Antikernwaffenbewegung des Landes eine hervorragende Rolle. Die Partei geht davon aus, daß dem japanischen Volk, das als einziges in der Welt die schrecklichen Folgen des Einsatzes von Atombomben erleiden mußte, eine besondere Rolle im Kampf gegen die Gefahr eines Kernwaffenkrieges zukommt. Der XVII. Parteitag der KPJ stellte deshalb für die Parteimitglieder

Von Frank Teutschbein

als alles übergreifende Aufgabe die Verstärkung des Kampfes für die vollständige Beseitigung der Kernwaffen, für die Verhinderung eines Nuklearkrieges, gegen den „Sicherheitsvertrag“ Japans mit

sammenwirkens im Friedenskampf dar.

Am 26. September 1986 veröffentlichte das ZK der KP Japans einen „Aufruf für die Verhinderung eines Atomkrieges, die Beseitigung der Kernwaffen und ein vollständiges Verbot der Kernwaffenversuche“. Darin wurde das einseitige Moratorium der UdSSR für Nukleartests als „Ausdruck des wahren Strebens der sowjetischen Regierung nach Beseitigung der Kernwaffen“ begrüßt. Der nukleare Teststopp wird als „notwendige Teilmaßnahme auf dem Weg zur vollständigen Beseitigung aller Kernwaffen“ charakterisiert. Die USA werden aufgefordert, unverzüglich mit der UdSSR ein Teststoppabkommen abzuschließen. Es wird hervorgehoben, daß das Streben der USA nach militärischer Überlegenheit das Haupthindernis für nukleare Abrüstung sei.

Die KPJ verurteilt die Sternkriegspläne der Reagan-Administration, da sie der substantiellen Reduzierung der nuklearen Waffenarsenale, die im Ergebnis des Treffens zwischen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow und USA-Präsident Reagan in greifbare Nähe gerückt war, im Wege stehen. Deshalb wendet sich die Partei auch energisch gegen eine Beteiligung japanischer Firmen an den Weltraumrüstungsprojekten der USA. Diese Beteiligung würde nach Ansicht der KPJ sowohl gegen die Resolution des japanischen Parlaments verstoßen, die Japan aus-

Fakten über die Partei j

- Gegründet:** 15. Juli 1922
- Letzter Parteitag:** XVII. Parteitag, 19. bis 25. 11. 1985
- Mitglieder:** über 450 000
- Grundorganisationen:** 22 000 (1985)
- Zentralkomitee:** 189 Mitglieder
- Präsidium des ZK:** 52 Mitglieder
- Ständiges Präsidium des ZK** (entspricht Politbüro): 20 Mitglieder
- Vorsitzender des ZK:** Kenji Miyamoto
- Vorsitzender des Präsidiums des ZK:** Tetsuzo Fuwa
- Leiter des Sekretariats des ZK:** Mitsuhiro Kaneko
- Parlamentsabgeordnete:** Unterhaus 27, Oberhaus 16, in Lokalparlamenten mehr als 3600
- Tageszeitung:** „Akahata“ (Rote Fahne)
- Theoretisches Organ:** „Zenei“ (Avantgarde)

den USA. Der Parteitag hat wiederholt auf die gemeinsame Erklärung der KPJ und der KPdSU vom Dezember 1984 Bezug genommen. Diese als „epochales Dokument“ bezeichnete Übereinkunft stellt eine Plattform des Zu-